

**Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
vom 10.03.2021**

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Hebich, Martin	Oberbürgermeister
Baldauf, Christian	CDU
Baqué, Manuel	CDU
Baqué, Verena	CDU
Bindert, Gabriele	CDU
Bürkle, Uwe	CDU
Dropmann, Hans	CDU
Finke, Stephan	CDU
Haselmaier, Heike	CDU
Krantz, Stefan	CDU
Kühner, Daniel	CDU
Maurer, Lothar, Dr.	CDU
Schönherr, Sonja	CDU
Schwarz, Doris	CDU
Svoboda, Martin	CDU
Winkes, Daniel	CDU
Höppner, Aylin	SPD
Klodt, Uwe	SPD
Koch, Gunther	SPD
König, Adolf José	SPD
Ober, Karl	SPD
Reffert, Monika	SPD
Schiffmann, Dieter, Dr.	SPD
Sielaff, Kirsten	SPD
Bruder, Gerhard, Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Gauch, Anne	Die Grünen/Offene Liste
Goschinak, Günter	Die Grünen/Offene Liste
Hatzfeld-Baumann, Ute	Die Grünen/Offene Liste
Schulze, Rainer, Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Stauffer, Monika	Die Grünen/Offene Liste
Werner, Konstantin	Die Grünen/Offene Liste
Trapp, Hartmut	AfD
Wagner, Miroslawa	AfD
Wagner, Reiner	AfD
Weber, Beate	Parteilos
Mester, Tanja	FWG
Piana, Jesko	FWG
Sturm, Charis	FWG
Sturm, Rudi	FWG
Börstler, Thomas	FDP
Gürtler, Arno	FDP
Schaich, Sylvia	Die Linke
Schwarzendahl, David	Die Linke

(nicht stimmberechtigte)

Knöppel, Bernd	Bürgermeister
Leidig, Bernd	Beigeordneter

Berg, Linda	Verwaltung
Bollheimer, Thomas	Geschäftsführer Stadtwerke
Denzer, Marika	Verwaltung
Kattler, Matthias, Dr.	Verwaltung
Waschbüsch, Peter	Verwaltung

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Spiegel, Lucas	CDU
Werle-Schneider, Gisela, Dr.	SPD

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr Ende der Sitzung: 19:56 Uhr

Die Mitglieder des Stadtrates waren durch Einladung vom 04.03.2021 auf Mittwoch, den 10.03.2021 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 19.1 wurden in öffentlicher Sitzung, die Tagesordnungspunkte 20 bis 26 in nichtöffentlicher Sitzung im großen Saal des CongressForums Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, behandelt. Im Anschluss wurden die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Oberbürgermeister Martin Hebich
(Vorsitzender)

Peter Waschbüsch
(Schriftführer)

Tagesordnung

OB Hebich nimmt nach Zustimmung des Stadtrates die Vorlagen XVII/1453 Chronologischer Bericht zur Stadtklinik; hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion (als TOP 19.1) und XVII/1446 Höhergruppierung (als TOP 26) auf die Tagesordnung auf. Die Vorlage XVII/1454 Lieferkettengesetz; hier: Resolutions-Eilantrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste wird nach Begründung der Eilbedürftigkeit mit 21 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen (vier Ratsmitglieder waren bei der Abstimmung noch nicht im Sitzungssaal) nicht auf die Tagesordnung genommen, da die erforderliche 2/3-Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder nicht erreicht wurde. Die Vorlage XVII/1463 Online Schulunterricht an der Schiller Realschule Frankenthal; hier: Eilanfrage der AfD-Stadtratsfraktion wird nach Begründung der Eilbedürftigkeit mit 3 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen (ein Ratsmitglied war bei der Abstimmung noch nicht im Sitzungssaal) nicht auf die Tagesordnung genommen, da die erforderliche 2/3-Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder nicht erreicht wurde.

Anschließend verabschiedet OB Hebich Herrn Thomas Bollheimer, welcher mit Ablauf des 31.03.2021 seine Tätigkeit als Geschäftsführer der Stadtwerke Frankenthal beenden wird.

RM Winkes vermisst auf der Tagesordnung eine Vorlage zur Verlängerung und Aufstockung des Corona-Hilfsprogrammes für Vereine. Hier sollte zur nächsten Sitzung des Stadtrates ein Verwaltungsvorschlag vorgelegt werden.

OB Hebich erklärt, dass eine entsprechende Vorlage in Bearbeitung ist. In der Zwischenzeit wurde bei vielen betroffenen Vereinen nachgefragt, wo konkret die Hilfe am dringendsten benötigt wird und welche Problemlagen bestehen. Die Verwaltung möchte ein zweigeteiltes Zuwendungsverfahren machen. Es sollen Vereine unterstützt werden, welche erhebliche Lasten tragen müssen, die aktuell nicht durch Erträge gedeckt sind. Dies trifft vor allem Vereine mit eigenen Immobilien. Hier soll die Richtlinie zur Unterstützung von Sportvereinen um sonstige Vereine erweitert werden. Weiterhin soll das Hilfsprogramm erweitert werden, um Einnahmeausfälle zu kompensieren. Hierbei soll es aber Höchstbetragsbeschränkungen geben. Es sollen sowohl kleine als auch größere Vereine unterstützt werden, ohne dass die Hilfe durch ein Gießkannenprinzip verpufft. Die Vorlage soll in den nächsten Gremiengang gegeben werden.

OB Hebich teilt dem Stadtrat mit, dass die Verwaltung vom Landesuntersuchungsamt, unter Berücksichtigung von Zahlen des Gesundheitsamtes Ludwigshafen, darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass es heute in Frankenthal einen massiven Anstieg an Infektionen mit Covid 19 gab. Allein heute sind demnach 25 neue infizierte Personen hinzugekommen. Damit steigt der Inzidenzwert von 69,7 auf 114,8. Somit sind wir gehalten, uns unverzüglich mit dem Gesundheitsministerium ins Benehmen zu setzen und zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen jetzt notwendig sind, um die allgemeinen Schutzmaßnahmen zu verbessern. Sollte Frankenthal dreimal hintereinander auf einen Inzidenzwert von über 100 kommen, ist eine sofortige Allgemeinverfügung notwendig, die den Rückfall auf den Status quo 07.03.2021 vorsieht. Dies bedeutet, dass dann die Geschäfte wieder schließen müssten. Es sieht aktuell nicht

danach aus, dass es sich um einen Ausreiser handelt. Bei den 25 neuen Fällen handelt es sich um drei Familien mit jeweils zwei bis drei Personen, allerdings auch um 15 einzelne Personen. Die Infektionseinzelfälle sind diffus über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Das Infektionsgeschehen kann nicht hergeleitet werden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass sehr zeitnah eine Allgemeinverfügung ergehen wird.

I. Öffentliche Sitzung

Einwohnerfragestunde

Vorlagen der Verwaltung

1. Nachwahl in Gremien
Vorlage: XVII/1438
2. Ergänzung des Dezernatsverteilungsplanes und Übertragung von Geschäftsbereichen auf den Oberbürgermeister, den Bürgermeister und den weiteren Beigeordneten
Vorlage: XVII/1441
3. Errichtung eines Riegeldammes - 3. Fortschreibung
Vorlage: XVII/1439
4. Wahl eines Betriebsausschusses beim Eigenbetrieb Medizinisches Versorgungszentrum an der Stadtklinik Frankenthal
Vorlage: XVII/1357
5. Bestellung der Betriebsleitung beim Eigenbetrieb Medizinisches Versorgungszentrum an der Stadtklinik
Vorlage: XVII/1358
6. Bürgerbeteiligungsprozess Quartiersentwicklung Pilgerpfad - hier: Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses und weitere Vorgehensweise
Vorlage: XVII/1308
7. Bebauungsplan "Östlich der Albertstraße" - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: XVII/1314
8. Abwicklung Stadtumbaumaßnahme "Westliche und östliche Umgebung des Hauptbahnhofes";
hier: Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Sicherung von Durchführungsmaßnahmen nach §171 d Abs.1 BauGB
Vorlage: XVII/1351
9. Abwicklung Stadtumbaumaßnahme "Westliche und östliche Umgebung des Hauptbahnhofes"; hier: Satzung zur Aufhebung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
Vorlage: XVII/1352

10. Bebauungsplan "Albert-Frankenthal-Quartier", Erlass einer Veränderungssperre gemäß § 14 i.V.m. § 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: XVII/1392

11. Bebauungsplan "Spiegelgewanne, Teilbereich 1", hier Offenlagebeschluss
Vorlage: XVII/1396

Mitteilungen und Berichte der Verwaltung

12. Bericht nach § 119 Absatz 3 Landes-Beamten-gesetz
Vorlage: XVII/1442

Anträge der Fraktionen

13. Verwaltung 4.0: Überprüfung der Raumbedarfe der Verwaltung angesichts der Erfahrungen mit Arbeiten im Homeoffice in der Covid-19-Pandemie
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/1282

14. Erneute Abstimmung: „ÖPNV; Sonderumlage zur Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim-Heidelberg“
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/1437

15. Bebauungsplanverfahren - Ziegelhofweg
hier: Antrag der FDP-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/1338

Anfragen der Fraktionen

16. Bäume pflanzen - Fridays For Future
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/1436

17. Pflanzung von 50 Bäumen
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/1447

18. Baumaßnahme RV Bank
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
Vorlage: XVII/1448

19. Lüftung in Klassenzimmern
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/1369

19. Chronologischer Bericht zur Stadtklinik
1. hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVII/1453

II. Nichtöffentliche Sitzung

Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten

III. Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung



XVII. Wahlperiode 2019 – 2024

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Einwohnerfragestunde

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Abdruck an:					

Protokoll:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

Nachwahl in Gremien

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 101					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Folgende Personen werden in die entsprechenden Gremien gewählt:

Schulträgerausschuss

Elternvertreter der Förderschulen

Frau Tanja Avril als ordentliches Mitglied anstelle von Herrn Bernd Stephan

Haupt- und Finanzausschuss

Frau Sylvia Schaich als stellvertretendes Mitglied anstelle von Frau Darleen Wagner

Ausschuss für Familie und Soziales

Frau Sylvia Schaich als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Darleen Wagner

Planungs- und Umweltausschuss

Frau Sylvia Schaich als stellvertretendes Mitglied anstelle von Frau Darleen Wagner

Sportausschuss

Herr Uwe Kohlbacher als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Darleen Wagner

Frau Sylvia Schaich als stellvertretendes Mitglied anstelle von Herrn Uwe Kohlbacher

Kulturausschuss

Herr Uwe Kohlbacher als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Annegret Karge

Herr David Schwarzendahl als stellvertretendes Mitglied anstelle von Herrn Uwe Kohlbacher

Prüfungsausschuss

Frau Sylvia Schaich als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Darleen Wagner

Schulträgerausschuss

Frau Sylvia Schaich als ordentliches Mitglied anstelle von Frau Darleen Wagner

Regionaler Kooperationsausschuss

Frau Sylvia Schaich als stellvertretendes Mitglied anstelle von Frau Darleen Wagner

Aufsichtsrat CFF

Frau Sylvia Schaich als stellvertretendes Mitglied anstelle von Frau Darleen Wagner

Protokoll:

Das Stimmrecht von OB Hebich ruht gem. § 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 GemO.



Aktenzeichen: 103/Nf/Z

Datum:

Hinweis:

Ergänzung des Dezernatsverteilungsplanes und Übertragung von Geschäftsbereichen auf den Oberbürgermeister, den Bürgermeister und den weiteren Beigeordneten

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 2	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschlussvorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:		
Abdruck an: 103						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Stadtrat stimmt gemäß § 50 Absatz 4 Sätze 3 und 4 Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 4 des Gesetzes vom 17.12.2020 (GVBl., S. 728), der Übertragung der nachstehenden Geschäftsbereiche an den Oberbürgermeister, Dezernat A, an den Bürgermeister der Stadt Frankenthal (Pfalz), Dezernat B, und an den weiteren Beigeordneten, Dezernat C, zu.



Aktenzeichen: 321/AS

Datum:

Hinweis:

Errichtung eines Riegeldammes - 3. Fortschreibung

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 3	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 32 / 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Verpflichtungserklärung (Anlage 1) und der Kostentragungsvereinbarung zur Errichtung des Riegeldammes „Am Hansenbusch“ (Anlage 2) wird zugestimmt.
2. Oberbürgermeister Hebich wird von den Beschränkungen des § 181 BGB, für die Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung und der Kostentragungsvereinbarung insoweit befreit, als er als Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal (Pfalz) und somit als deren Vertreter Rechtsgeschäfte mit dem Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach, dessen Verbandsvorsteher er ist, vornimmt.



Aktenzeichen: 101/1/Wa

Datum:

Hinweis:

Wahl eines Betriebsausschusses beim Eigenbetrieb Medizinisches Versorgungszentrum an der Stadtklinik Frankenthal

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 4	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 54 / 101 / 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Es wird folgender Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Medizinisches Versorgungszentrum an der Stadtklinik Frankenthal gewählt:

Mitglieder:

Stellvertreter:

CDU

1. RM Manuel Baqué
2. RM Daniel Winkes
3. Michael Baumann
4. Angelique Kapper
5. RM Lucas Spiegel

1. RM Christian Baldauf
2. RM Verena Baqué
3. RM Gabriele Bindert
4. Dr. Tobias Busch
5. Hugo Campidelli

SPD

6. RM Dr. Dieter Schiffmann
7. RM Monika Reffert
8. RM Aylin Höppner

6. RM Kirsten Sielaff
7. RM Dr. Gisela Werle-Schneider
8. Marlene Siegel

Die Grünen / Offene Liste

9. RM Dr. Gerhard Bruder
10. RM Monika Stauffer

9. RM Anne Gauch
10. RM Günther Goschinak

AfD

11. RM Hartmut Trapp

11. Igor Högele

FWG

12. RM Charis Sturm

12. RM Rudi Sturm

FDP

13. Edmund Westermann

13. RM Thomas Börstler

Die Linke

14. Karl Beyschlag

14. RM David Schwarzendahl

Vertreter und Vertreterinnen der Beschäftigten (beratend)

Mitglieder:

1. Herr Klaus Schreiber
2. Frau Christine Christmann
3. Herr Ralf Schüttler
4. Frau Iris Sprenger
5. Herr Stephan Matheis

Stellvertreter:

1. Herr Peter Dachsteiner
2. Herr Denis Maue
3. Herr Dieter Peetzen
4. Herr Karsten Ferchow
5. Frau Annika Ringelspacher

Protokoll:

Das Stimmrecht von OB Hebich ruht gem. § 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 GemO.



Aktenzeichen: 54-11/Sa

Datum:

Hinweis:

Bestellung der Betriebsleitung beim Eigenbetrieb Medizinisches Versorgungszentrum an der Stadtklinik

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 5	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag: <input checked="" type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
Abdruck an: 54 / 20					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Bestellung von Frau Monika Röther zur Betriebsleiterin des Medizinischen Versorgungszentrums an der Stadtklinik Frankenthal zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird zugestimmt.



Aktenzeichen: 61-S/Kt

Datum:

Hinweis:

Bürgerbeteiligungsprozess Quartiersentwicklung Pilgerpfad - hier: Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses und weitere Vorgehensweise

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 6	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 61						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses im Rahmen der Quartiersentwicklung Pilgerpfad werden zur Kenntnis genommen und als Grundlage für die weitere Vorgehensweise anerkannt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Grundlage der Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses ein Arbeitsprogramm mit Handlungsschwerpunkten, Maßnahmen und Prioritäten für das Quartier Pilgerpfad zu erstellen und mit den verschiedenen Ämtern und Akteuren sowie den Bürgerinnen und Bürgern abzustimmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt einen Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ vorzubereiten und die notwendigen finanziellen und personellen Voraussetzungen für eine Programmteilnahme zu schaffen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt das Büro Stadtberatung Dr. Fries, Speyer mit dem im Werkvertrag enthaltenen optionalen Baustein „Grobanalyse für Antragstellung Städtebauförderprogramm“ mit dem Netto-Honorar von 8.120 Euro zu beauftragen.
5. Die Verwaltung beauftragt den Investor Pro Concept AG, Mannheim unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses alternative Planungen für das Flurstück Nr. 5000 (Gemarkung Frankenthal) zu erarbeiten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen an diesem Prozess beteiligt werden.

Protokoll:

OB Hebich stellt die Vorlage ausführlich vor.

Alle Stadtratsfraktionen bekunden ihre Zustimmung zur Vorlage und erklären, dass die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses ernst genommen werden müssen.



Aktenzeichen: 612/Ma

Datum:

Hinweis:

Bebauungsplan "Östlich der Albertstraße" - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 7	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans "Östlich der Albertstraße" vom 20.03.2019, öffentlich bekannt gemacht am 05.07.2019, wird aufgehoben.



Aktenzeichen: 61-S/Se

Datum:

Hinweis:

**Abwicklung Stadtumbaumaßnahme "Westliche und östliche Umgebung des Hauptbahnhofes";
hier: Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Sicherung von Durchführungsmaßnahmen nach §171 d Abs.1 BauGB**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 8	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 61						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der in der Anlage enthaltene Entwurf der Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Sicherung von Durchführungsmaßnahmen nach § 171 d Abs. 1 BauGB wird als Satzung beschlossen.



Aktenzeichen: 61-S/Se

Datum:

Hinweis:

Abwicklung Stadtumbaumaßnahme "Westliche und östliche Umgebung des Hauptbahnhofes"; hier: Satzung zur Aufhebung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 9	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der in der Anlage enthaltene Entwurf der Satzung zur Aufhebung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB wird als Satzung beschlossen.



Aktenzeichen: 612/fe

Datum:

Hinweis:

Bebauungsplan "Albert-Frankenthal-Quartier", Erlass einer Veränderungssperre gemäß § 14 i.V.m. § 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 10	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Für den Geltungsbereich des in der Anlage 1 aufgeführten Bebauungsplanes "Albert-Frankenthal-Quartier" wird gemäß §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) eine Veränderungssperre (Anlage 2) als Satzung beschlossen.



Aktenzeichen: 61-S/Zi

Datum:

Hinweis:

Bebauungsplan "Spiegelgewanne, Teilbereich 1", hier Offenlagebeschluss

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 11	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:		
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Abdruck an: 61						

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Bebauungsplan "Spiegelgewanne" wird zukünftig unter der Bezeichnung "Spiegelgewanne, Teilbereich 1" geführt.
2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans „Spiegelgewanne, Teilbereich 1“, der zum Beschluss der Frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB des Stadtrats vom 27.02.2020 zugrunde lag (Anlage 1.1), wird entsprechend der Anlage 1.2 geändert.
3. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans "Spiegelgewanne, Teilbereich 1" entsprechend der in der Anlage 3 beigefügten Synopse von Dezember 2020 niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
4. Der Bebauungsplanentwurf mit der Bezeichnung „Spiegelgewanne, Teilbereich 1“ in der Fassung von Januar 2021, bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2) und den textlichen Festsetzungen (Anlage 4) wird beschlossen, die Begründung (Anlage 5 und 6.1) wird gebilligt. s
5. Mit dem Bebauungsplanentwurf „Spiegelgewanne, Teilbereich 1“ werden die Beteiligungen
 - a. der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
 - b. der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.



Aktenzeichen: 10/B/Z

Datum:

Hinweis:

Bericht nach § 119 Absatz 3 Landes-Beamten-gesetz

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 12	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 10					

Die Verwaltung berichtet:

Gemäß § 119 Absatz 3 Landes-Beamten-gesetz unterrichten Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte auf Zeit bis zum 1. April eines jeden Kalenderjahres in einer öffentlichen Sitzung der Vertretungskörperschaft über Art und Umfang ihrer innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter sowie über die Höhe der dadurch erzielten Vergütungen im vergangenen Kalenderjahr. Dies gilt bei außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämtern nur dann, wenn ein Bezug zum Hauptamt besteht.

In den folgenden Darstellungen ist aufgelistet, welche Nebentätigkeiten und Ehrenämter die Dezernenten im vergangenen Kalenderjahr ausgeübt haben und welche Vergütungen erzielt wurden.

Die Ausführungen werden in die Niederschrift über diese Sitzung aufgenommen. Dieser Teil der Niederschrift wird auf der Internetseite der Stadt veröffentlicht.

1.

Aufstellung der Nebentätigkeiten und Ehrenämter für Oberbürgermeister Hebich für das Kalenderjahr 2020

I. Öffentliche Ehrenämter

A. Tätigkeiten für Zweckverbände

- a) **Verbandsvorsteher des Gewässerzweckverbands Isenach-Eckbach**
Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder: **6.600,00 EUR**

- b) Stellvertretender Verbandsvorsteher des Zweckverbands Sparkasse Rhein-Haardt
Sitzungsgelder 2020: 135,00 EUR
Keine Aufwandsentschädigungen

B. Tätigkeiten für Regionalverbände

- a) Mitglied des Planungsausschusses des Verbands Region Rhein-Neckar
- b) 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Regionalentwicklung und Regionalmanagement
- c) Mitglied der CDU-Fraktion des Verbands Region Rhein-Neckar
Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder zu a) – c): 1.560,00 EUR

C. Tätigkeiten für die Sparkasse Rhein-Haardt

Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Rhein-Haardt
Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder 2020: 4.074,96 EUR

D. Tätigkeiten für den Sparkassenverband Rheinland-Pfalz

Mitglied des Verwaltungsrats
Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder 2020: 5.575,00 EUR

E. Tätigkeiten für den Städtetag Rheinland-Pfalz

Vorstandsmitglied des Städtetags Rheinland-Pfalz
Keine Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder 2020

F. Tätigkeiten für den Deutschen Städtetag

Mitglied im Ausschuss für mittlere Städte des Deutschen Städtetags
Keine Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder 2020

G. Tätigkeiten für die Pfälzische Pensionsanstalt

Mitglied des Verwaltungsrats der Pfälzischen Pensionsanstalt PPA
Sitzungsgelder im Jahr 2020: 200,00 EUR
Keine Aufwandsentschädigung

II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Bereich

- a) Vorstandsmitglied im Verband kommunaler Unternehmen – Landesgruppe Pfalz e.V.
Keine Aufwandsentschädigung und keine Sitzungsgelder
- b) Mitglied im Vorstand des kommunalen Arbeitgeberverbands
Sitzungsgelder 2020: 50,00 EUR
Keine Aufwandsentschädigung

- c) Beratendes Mitglied beim Vorstand der Hochwassernotgemeinschaft Rhein e.V., Mainz
Keine Aufwandsentschädigung und keine Sitzungsgelder
- d) Mitglied des Beirats Rheinland-Pfalz und Region Nord/West der Landesbank Baden-Württemberg
Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder
Für 2020 zustehend: 2.350,00 EUR
Davon 2020 tatsächlich bezogen: --

IV. Nebentätigkeiten im privaten Bereich

Mitglied im Kreisvorstand des CDU-Kreisverbands Frankenthal (Pfalz)
Keine Aufwandsentschädigung und Sitzungsgelder

2.

Aufstellung der Nebentätigkeiten und Ehrenämter für Bürgermeister Knöppel für das Kalenderjahr 2020

I. Öffentliche Ehrenämter

A. Tätigkeiten für Zweckverbände

- a) Stellvertretender Verbandsvorsteher des Altlastenzweckverbandes Tierische Nebenprodukte
Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder: 4.344,00 EUR
- b) Stellvertretender Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Tierische Nebenprodukte
Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder: 4.344,00 EUR

B. Öffentliches Ehrenamt

- a) Mitglied im Bauausschuss des Bezirksverbandes Pfalz
Sitzungsgeld für Sitzung am 22.09.2020 100,00 EUR
- b) Stellv. Mitglied im Schulausschuss des Bezirksverbandes Pfalz
Keine Aufwandsentschädigung und keine Sitzungsgelder.

III. Nebentätigkeiten im privaten Bereich

Präsident des Pfälzischen Schachclubs
Vizepräsident des Schachbundes Rheinland-Pfalz
Beisitzer des Schiedsgerichtes des Landessportbundes Rheinland-Pfalz

Keine Aufwandsentschädigung oder Sitzungsgelder.

3.

Aufstellung der Nebentätigkeiten und Ehrenämter für Beigeordneten Leidig für das Kalenderjahr 2020

I. Öffentliche Ehrenämter

A. Tätigkeiten für Zweckverbände

- a) Zweckverband Kinderzentrum Ludwigshafen
Keine Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder.
- b) Stellvertretender Vorsteher des Zweckverbands Kinderzentrum Ludwigshafen und Schule mit dem FöSchwerpunkt motorische Entwicklung
Keine Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder.

B. Sonstige Tätigkeiten

- a) Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit Ludwigshafen
Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeld pro Sitzung 26,40 EUR; wird direkt an die Stadtkasse abgeführt.
- b) Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen Agentur für Arbeit Ludwigshafen
- c) Mitglied im örtlichen Beirat des Jobcenters Vorderpfalz-Ludwigshafen
Keine Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder.

C. Öffentliches Ehrenamt

- a) Gutachterausschuss Rheinland-Pfalz des Vermessungs- und Katasteramtes Landau
Keine Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder.

II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Bereich

- a) Vorsitzender der Georg- und Lydia-Hornig-Hospiz-Stiftung
Keine Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder.
- b) Vorsitzender, Stiftungsvorstand, der Frankenthaler Bildungstiftung
Keine Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder.

III. Nebentätigkeiten im privaten Bereich

- Vorsitzender des Frankenthaler Altertumvereins e. V.
Keine Aufwandsentschädigung und Sitzungsgelder



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

Verwaltung 4.0: Überprüfung der Raumbedarfe der Verwaltung angesichts der Erfahrungen mit Arbeiten im Homeoffice in der Covid-19-Pandemie hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 13	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 10 / 20					

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. zu berichten, wie viele Mitarbeiter*innen aus welchen Fachbereichen mit welchen Regelungen während der Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 und im November/Dezember 2020 ganz oder teilweise von zu Hause aus („Homeoffice“) gearbeitet haben bzw. arbeiten
2. im Jahr 2021 zu berichten, welche Erfahrungen damit und mit Videokonferenzen als Ersatz für Präsenzbesprechungen gemacht wurden
3. zu prüfen und zu berichten, in welchen Bereichen danach und im Lichte der auf der Grundlage des Online-Zugangsgesetzes (OZG) bis 2022 den anzubietenden digitalen Verwaltungsdienste auch nach Ende der Covid-19-Einschränkungen das Arbeiten von zu Hause ganz oder teilweise dauerhaft eingeführt werden kann
4. und die bisher maßgeblichen Bedarfe an Büroflächen und die daraus folgenden Anmietungsüberlegungen auf zukünftige Angemessenheit zu überprüfen

Begründung:

In der jüngeren Vergangenheit hat die Verwaltung nachvollziehbar auf erhebliche räumliche Engpässe in den vorhandenen eigenen bzw. angemieteten Verwaltungsgebäuden verwiesen und auf dieser Grundlage Beschlüsse über die Anmietung von weiteren Büroflächen (z.B. Sternjakob; ehem. Postgebäude) herbeigeführt, ohne dass diese (Sternjakob) bis jetzt voll umfänglich umgesetzt worden wären.

Das durch die Einschränkungen im Zug der Eindämmung der Covid-19-Pandemie erzwungene vermehrte Arbeiten von einer erheblichen Anzahl von Mitarbeiter*innen von zu Hause aus („Homeoffice“) und die Erfahrungen damit sollten unseres Erachtens nach Anlass sein, das traditionelle Bild der Verwaltungsarbeit zu überdenken. Auch der Bedarf an Besprechungsräumen sollte dabei nach den Erfahrungen mit Videokonferenzen auf den Prüfstand. Zudem wird durch die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bis 2022 ohnehin ein umfangreicher Katalog von bürgerorientierten Verwaltungsdienstleistungen zukünftig digital/online erfolgen (müssen). Die Berechnungen der Raumbedarfe für die zukünftige Unterbringung der Verwaltung müssen auf der Grundlage dieses neuen Verständnisses davon, wie die Mitarbeiter*innen ihre Arbeitsleistung zu erbringen haben, überprüft und angepasst werden. Nicht zuletzt können dadurch Kosten eingespart werden.

Mit freundlichen Grüßen

Aylin Höppner

Protokoll:

RM Dr. Schiffmann erläutert den Antrag ausführlich.

OB Hebich schlägt vor, den Antrag in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu verweisen. Die Fraktionen erhalten dann vorab die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag. Er sichert zu, dass dieses Thema ein dauerhaftes Thema sein wird und der Stadtrat regelmäßig informiert werden wird.

RM Hatzfeld-Baumann bittet darum, dass das Thema in einem größeren Rahmen betrachtet wird. Dazu gehört die Fortschreibung der Digitalisierung. Sie möchte, dass das Thema nicht nur unter dem Stichwort Corona gesehen wird, sondern allgemein.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

**Erneute Abstimmung: „ÖPNV; Sonderumlage zur Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim-Heidelberg“
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 14	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen: <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift: <input type="checkbox"/>	
Abdruck an: 61 / 20					

Über folgende Aussage wird aufgrund aktualisierter Informationen erneut abgestimmt:

„Die Stadt Frankenthal stimmt einer Anschubfinanzierung der Aktualisierung der Vorplanung für die Durchführung der Einzelmaßnahmen zum Ausbau des Knoten Mannheim-Heidelberg nicht zu.“

Begründung:

In der Sitzung vom 09.12.2020 hat der Stadtrat über die Drucksache XVII/1278 abgestimmt und die Vorlage einstimmig beschlossen. Damit hat sich der Stadtrat dazu ausgesprochen, einer Anschubfinanzierung der Aktualisierung der Vorplanung für die Durchführung der Einzelmaßnahmen zum Ausbau des Knoten Mannheim-Heidelberg nicht zuzustimmen. Jedoch hat der Oberbürgermeister auch auf Bitten unserer Fraktion zugesichert, einen Kompromiss anzustreben.

In der Zwischenzeit hat nun sowohl die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) am 17.12.2020 getagt als auch eine Besprechung der Sachlage mit Herrn Heilmann (ZSPNV Süd), Herrn Wühl (VRN) und Bürgermeister Specht aus Mannheim im Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Frankenthal am 18.02.2021 stattgefunden.

Hier wurde deutlich, dass nun ein Kompromissvorschlag auf dem Tisch liegt, der in der Dezember-Sitzung des Stadtrats nicht thematisiert wurde: Die rechtsrheinischen Kommunen sichern zu, sich in Zukunft auch an den Kosten für den Abschnitt nach Schifferstadt zu beteiligen. Zwar weist Oberbürgermeister Heibich zurecht darauf hin,

dass in Anlage 3 vom „Streckenabschnitt Heidelberg-Mannheim-Ludwigshafen-Schifferstadt“ die Rede ist. Die Bereitschaft, dass sich die rechtsrheinischen Kommunen an den Kosten des linksrheinischen Teils beteiligen wollen, wurde jedoch nicht thematisiert und vonseiten von Oberbürgermeister Hebich nur darauf verwiesen, dass es Gespräche zur Findung eines Kompromisses gebe.

Nach unserer Nachfrage im Planungs- und Umweltausschuss, ob der Beschluss vom Dezember nun weiterhin Bestand habe, antwortete Oberbürgermeister Hebich, dass man davon ausgehen würde, sofern keine Fraktion die erneute Abstimmung beantragen würde. Dieser Aufforderung kommen wir hiermit nach.

Konstantin Werner

24.02.2021

Protokoll:

RM Werner erläutert den Antrag ausführlich.

OB Hebich erklärt, dass kurz vor der damaligen Sitzung der Verbandsversammlung die Beschlussvorlage geändert wurde. Diese war fast deckungsgleich, mit der Ausnahme, dass nicht mehr vom Herzstück der S-Bahn-Linie Rhein-Neckar Mannheim – Heidelberg gesprochen wurde, sondern von Schifferstadt – Mannheim – Heidelberg. So wurde auf einen Schlag die Strecke verdoppelt und diese zum Herzstück ernannt, wo Schifferstadt vorher niemand im Blick hatte. Weder in der Sitzung des Verbandes im Dezember 2020 noch in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Februar 2021 wurde auf Nachfrage mitgeteilt, was dadurch an zusätzlichen Baumaßnahmen zukommen wird. Heute Mittag hat der Verband zu den in der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses aufgetretenen Fragen Stellung genommen. Die Stellungnahme konnte aufgrund der Kurzfristigkeit bis zum Sitzungsbeginn noch nicht bewertet werden um eine sachgerechte Diskussion zu führen. Sie ist sehr vage gehalten. Es wurde in der Vergangenheit in keiner Sitzung des Verbandes, an der OB Hebich in den letzten 13 Jahren teilgenommen hat, etwas zu Schifferstadt und Baumaßnahmen, die erforderlich seien, gesagt. Bei den ganzen Diskussionen kommen die Planungskosten zu kurz. Hier wurde jetzt eine Planungsphase herausgenommen. Daher sind die Planungskosten geringer. Nimmt man alle Planungsphasen und die Baukosten zusammen, reden wir von ganz anderen Kosten.

RM Werner erklärt, dass er es vom formalen Ablauf kritisch sieht, dass der Stadtrat am 09.12.2020 einen Beschluss gefasst hat und der Oberbürgermeister dann Tage später über eine geänderte Beschlussvorlage abstimmt hat. Im Planungs- und Umweltausschuss im Februar hat Herr Oberbürgermeister Specht erklärt, dass jetzt aus den entsprechenden Gremien die Rückmeldung kommen soll. Da mittlerweile eine geänderte Informationslage besteht, beantragt er eine erneute Abstimmung.

OB Hebich erklärt, dass die Vorgehensweise formal genau richtig war. Am 09.12.2020 wurde dem Stadtrat als Anlage genau die Beschlussvorlage vorgelegt, über die am 17.12.2020 in der Verbandsversammlung abgestimmt wurde. Er hat damit den Stadtrat frühzeitig beteiligt und durch diesen die Anweisung erhalten, wie er abstimmen soll. Dies ist die richtige Vorgehensweise in einem solch wichtigen Verfahren. Es ist eher unüblich, dass ein Beschluss unter Gremienvorbehalt gefasst wird. In der Verbandsversammlung hat Frankenthal als eine von wenigen Kommunen bereits die Beschlüsse im Stadtrat gefasst.

Zum Abschluss der Diskussion schlägt OB Hebich vor, die noch offenen Fragen beim Zweckverband VRN zu stellen und dann im Planungs- und Umweltausschuss mit allen Unterlagen das Thema nochmals zu beraten.



Aktenzeichen: FDP

Datum:

Hinweis:

**Bebauungsplanverfahren - Ziegelhofweg
hier: Antrag der FDP-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 15	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61					

Basierend auf den Ergebnissen der Wohnraumbedarfsprognose aus dem Jahr 2020 sieht die Verwaltung neben anderen Baugebieten aus kurz- bis mittelfristiger Perspektive (2021-2025) auch ein Bebauungsplanverfahren für den Bereich des sogenannten „Ziegelhofwegs“ vor. Mit Priorität 1 sind 0,5 Hektar Fläche für Wohnen dargestellt, was bedeuten würde, den Bolzplatz und den Spielplatz auf der Wiese Mannheimer Straße aufzugeben.

Wir beantragen daher für das Baugebiet „Ziegelhofweg“ folgendes:

- Verschiebung des Bauprojektes „Ziegelhofweg“ in die Prioritätenliste 2 (2026 – 2030).
- Eine mittelfristige Neubewertung des Flächenpotentials „Ziegelhofweg“ unter Einbeziehung der dort ansässigen Bürger.

Begründung: In der Anlage 3 der Drucksache XVII/1104 wird ausgeführt, aus Klimaschutzgründen auf die Versiegelung von Grünflächen zu verzichten sowie die Bürger am Bebauungsverfahren beteiligen zu wollen.

Das Ziel „Klimaanpassung“ mit der Begrenzung der Verdichtung und Versiegelung zur Vermeidung von Überwärmung und Verbesserung des Kleinklimas etc. wird durch das Versiegeln einer mit Flächennutzungsplanänderung im Jahr 2012 ausgewiesenen „Parkanlage“ konkretisiert.

Das Ziel der „direkten Bürgerbeteiligung an den Planungsprozessen“ wird nicht ausreichend berücksichtigt.

Wir geben zu bedenken, daß wir aus den Erfahrungen und Fehlern lernen sollten, die wir im letzten Jahr hinsichtlich des Nichteinbindens unserer Bürger (Stichwort Jakobplatz, aber auch Verlegung der Buslinienführung 84) in die städtischen Entschei

dungsprozesse gemacht haben.

Das Ziel sollte sein, zu einer langfristigen und tragfähigen Konsenslösung zusammen mit unseren Bürgern zu kommen.

Thomas Böstler
FDP-Fraktionsvorsitzender

Protokoll:

RM Böstler erläutert den Antrag ausführlich. Abschließend beantragt er die Verschiebung des Antrags, bis das Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Frankenthal (Pfalz) überarbeitet und abschließend beraten worden ist. Er wird der Verwaltung frühzeitig mitteilen, wann über den Antrag beraten werden soll.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

**Bäume pflanzen - Fridays For Future
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 16	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25 / 61 / 20					

Im Juni 2020 hat die Verwaltung auf Anfrage der Grünen (Drucksache 0797) einen Bericht (Drucksache XVII 0782) vorgelegt über den Stand der Bemühungen mit der Fridays for Future Bewegung einen sogenannten Storchwald anzulegen. Hier wurden verschiedene Möglichkeiten und auch die jeweiligen Kosten aufgeführt. Dieser Bericht sollte mit der FFF Gruppe Frankenthal besprochen werden. Nach mehr als 8 Monaten sollte dieses Gespräch ja stattgefunden haben. Wir würden gerne wissen was das Ergebnis war und wann begonnen wird die Bäume zu pflanzen. Der Klimawandel wartet nicht. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

Frankenthal, 22.2.2021

Anne Gauch

Protokoll:

RM Gauch erläutert die Anfrage ausführlich.

Bgm Knöppel nimmt wie folgt Stellung:

Dem Planungs- und Umweltausschuss wurden im Juni 2020 acht Flächen vorgestellt, die als Storchenwald in Betracht kamen. Davon wurde eine Fläche in Mörscher Gewanne Nachtweide favorisiert. Gegen die Nutzung dieser Gewanne wurden Bedenken geäußert, da es sich um hochwertige landwirtschaftliche Flächen handelt. Es gab zunehmend Unmut von Seiten der Landwirte und der Landwirtschaftskammer. Im Zuge dessen wurden weitere Flächen in den Blick genommen. Teilweise sind die vorgeschlagenen Flächen Allmendflächen in Mörsch, die eigentlich für soziale Zwecke der Mörscher Bürgerinnen und Bürger vorgesehen sind. Für eine weitere vorgeschlagene Fläche bedarf es einer umfassenden Prüfung. Am 15.10.2020 sollte ein erstes Gespräch stattfinden. Dieses musste aufgrund einer kurzfristig einberufenen Sondersitzung des Stadtrates abgesagt werden. Anschließend gab es diverse Terminbemühungen von allen Seiten, die durch die Pandemie sowie durch die zeitliche Verfügbarkeit der beteiligten Akteure abgesagt bzw. immer wieder verschoben werden mussten. Eine Videokonferenz wäre hier nicht zielführend gewesen. Letztlich wurde der 25.03.2021 als neuer Termin vorgeschlagen. Dieser wurde leider durch Fridays For Future abgesagt. Die Kommunikation ist zurzeit auch etwas langwierig, weil die Sprecherin von Fridays For Future in Freiburg studiert und Termine mit ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern koordinieren muss. Es wird jetzt einen neuen Anlauf geben, um ein Gespräch zu führen. Voraussetzung für ein solches Projekt ist, dass es auch gelingt. Die Landwirtschaft muss das Projekt mittragen. Das Ziel ist es, dass alle Interessen unter einen Hut gebracht werden. Darüber hinaus gibt es jetzt auch einen Förderaufruf für das Bundesprogramm "Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel". Die Verwaltung wird prüfen, inwieweit hier eine Förderung möglich ist.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

Pflanzung von 50 Bäumen

hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 17	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 61 / 20					

Vor einigen Wochen wurde im Stadtrat beschlossen, dass 50 Bäume extra im Stadtgebiet gepflanzt werden sollen.

Wie weit wurde dieser Auftrag bis heute umgesetzt?

Mit freundlichen Grüßen

G. Bruder

Protokoll:

RM Dr. Bruder erläutert die Anfrage ausführlich.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Es wurden bereits einige Bäume gepflanzt. Es handelte sich dabei um Nachpflanzungen der Pflanzperiode 2020/2021. Für die Sitzung im November 2020 hatte der Bereich Planen und Bauen eine umfassende Einordnung der beantragten Standorte erstellt, teilweise mit dem Hinweis, dass diese noch nicht auf ihre Geeignetheit hin überprüft wurden. OB Hebich hatte einige Standorte bereits zugesagt. Es wurde vereinbart, dass in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses hierzu und zum Nachpflanzungskonzept der Stadt nochmals Stellung genommen wird. Leider gab es hierbei Übermittlungsprobleme und die Zusage wurde bisher noch nicht erfüllt. OB Hebich schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses ausführlich die Details zu den einzelnen Bäumen zu besprechen.

RM Dr. Bruder ist damit einverstanden. Er betont nochmals, dass es wichtig ist, jetzt Bäume zu pflanzen. Er führt aus, dass dem Stadtrat regelmäßig ausführliche Drucksachen vorgelegt werden über Baumfällungen. Er bittet darum, dass eine Drucksache erstellt wird, in der über Nachpflanzungen und geplante Nachpflanzungen von Bäumen berichtet wird. Er erklärt, dass er die Schwierigkeiten in Bezug auf Baumpflanzungen in der Stadt kennt, aber es ist Zeit zum Handeln.

OB Hebich führt aus, dass die Verwaltung bereits in der Planung eines Nachpflanzungskonzeptes ist. In der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses wird die Verwaltung über Nachpflanzungen berichten. Das Konzept und Ausführungen zu weiteren Nachpflanzungen und deren Standorte werden dann in der übernächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses beraten.



Aktenzeichen: Die Grünen

Datum:

Hinweis:

Baumaßnahme RV Bank

hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 18	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: Dez. B / 61 / 20					

Die Grünen offene Liste bitten um Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Trifft es zu, dass die RV Bank ihr Hauptverwaltungsgebäude jetzt in Speyer statt in FT baut und FT nur den Status einer Regionaldirektion erhält?
- 2.) Wird dadurch das Ausmaß der Baumaßnahme in FT reduziert? Z.B. Tiefgarage, Parkdeck CFF?
- 3.) Welche Gründe gab es für die Verzögerung der Baumaßnahme?
- 4.) Sind Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen zu erwarten?

Mit freundlichen Grüßen
G. Bruder

Protokoll:

RM Dr. Bruder erläutert die Anfrage ausführlich.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:

Es hat nie im Raum gestanden, dass Frankenthal die Hauptverwaltung der fusionierten Bank wird. Es war im Gespräch, dass Frankenthal mit ein Vorstandssitz werden sollte. Ein wesentlich größerer Teil der Bank ist bisher auch in Speyer gewesen. Er tut sich schwer, als Stadt über den Status eines Gebäudes und innerbetriebliche Abläufe einer Bank zu berichten, vor allem wenn es der Stadt noch nicht offiziell mitgeteilt wurde. Der Stadt wurde bisher nur mitgeteilt, dass die Bank den Umfang der Baumaßnahmen etwas reduzieren will. Dafür gibt es sicherlich verschiedene Gründe. Was jetzt den Ausschlag gegeben hat, kann er aber nicht genau sagen. Es war letztlich eine betriebliche Entscheidung der Bank. Zu den Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen kann die Verwaltung nichts sagen, weil sich die Verteilung der Gewerbesteuer nach dem Zerlegungsgesetz nach verschiedenen Parametern, unter anderem nach der Lohnhöhe, bemisst. Bezüglich der geplanten Parkflächen sichert OB Hebich einen Bericht im Aufsichtsrat des CFF zu.



Aktenzeichen: AfD

Datum:

Hinweis:

**Lüftung in Klassenzimmern
hier: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 19	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 25					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,
in unserem Antrag vom 3.12.20 haben wir vorgeschlagen, ein Belüftungssystem vom
Max-Planck-Institut für Chemie zu übernehmen.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Inzwischen gibt es in Pirmasens die Vorlage für den Stadtrat am 01.02.21, in den 450
Klassenräumen in der Stadt diese etwas angepaßte Version einzubauen.

Diese Version spart nicht nur Geld, sondern gewährleistet auch einen durchgängigen
Unterricht und spart, gerade in der kalten Jahreszeit, Heizkosten.

Wurde nicht in Frankenthal diese Möglichkeit vorzeitig verworfen?

Besteht die Absicht, sich in Pirmasens über die Wirkungsweise zu informieren.

Über den Link unten können Sie sich über den bevorstehenden Stadtratsbeschluß in
Pirmasens informieren.

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/kaiserslautern/pirmasens-testet-abluftanlage-gegen-corona-100.html>

Mit den besten Grüßen

Im Namen der AfD-Fraktion

Hartmut Trapp
Ratsmitglied der Stadt Frankenthal
Kreis- und Fraktionsvorsitzender




Protokoll:

RM Trapp erläutert die Anfrage ausführlich.

Bgm Knöppel nimmt wie folgt Stellung:

Die mobilen Lüftungsgeräte, die der Stadtrat dankenswerterweise beschlossen hat, sind mittlerweile alle angeschafft und in den betreffenden Schulen montiert. Das waren insgesamt 19 Geräte zu einem Gesamtpreis von 70.000 €. Die Funktionsweise in Pirmasens ist ähnlich wie im "Mainzer Modell", also eine Abluftanlage mit einem schräg gestellten Fenster als Frischluftnachströmung. Allerdings ist sie mit Standard-Lüftungsmaterial robuster gebaut. Montiert wurde die Anlage mit eigenem Personal des Betriebshofes. Bis jetzt ist die Erfahrung in Pirmasens so, dass durch diese Lüftungsanlage der Klassenraum nicht auskühlt, die Heizung also das stetige Erwärmen der kalt einströmenden Frischluft besser erreicht als mit Stoßlüften alle 20 Minuten. Wie sich ein eventuelles Nachheizen darstellt, wenn eine ganze Schule mit den Lüftungsanlagen ausgestattet ist, muss noch abgewartet werden. Aus Sicht der Stadt Frankenthal sind folgende Gesichtspunkte bei den weiteren Überlegungen zu berücksichtigen:

- Für jede Schule müssen individuell die technischen Voraussetzungen geprüft und erfasst werden. Frankenthal hat ca. 500 Klassenräume
- Es ist zu klären, ob die abgehängten Decken demontiert werden müssen. Bei vielen Schulen sind bereits neue Akkustikdecken und Beleuchtungssystem eingebaut worden.
- Es ist zu prüfen, an welcher Stelle in dem jeweiligen Klassenraum ein Abluftauslass durch ein Oberlichtfenster bzw. eine Außenwand eingebaut werden kann. Dies erfordert einen Durchbruch nach außen.
- Die Geräuschentwicklung des Lüfters bei Dauerbetrieb ist zu prüfen und zu beachten. Hier gibt es auch Lüfter mit Schalldämmbox.
- Es wird geprüft, ob eine eventuelle „Eigenleistung“ der Montage durch den EWF erfolgen kann.
- Es werden nach dem derzeitigen Sachstand keine Fördergelder für diese Maßnahme sowohl vom Land als auch vom Bund gewährt.
- Es ist die Frage der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme im Vergleich zu den mobilen Luftreinigungsgeräten zu prüfen und zu klären.

Die Stadt Frankenthal wird die Maßnahme weiter prüfen und sich weiterhin mit der Stadt Pirmasens über die Erfahrungen und Umsetzung austauschen. Sobald nähere Erkenntnisse aus Pirmasens vorliegen wird die Verwaltung erneut berichten.



Aktenzeichen: CDU

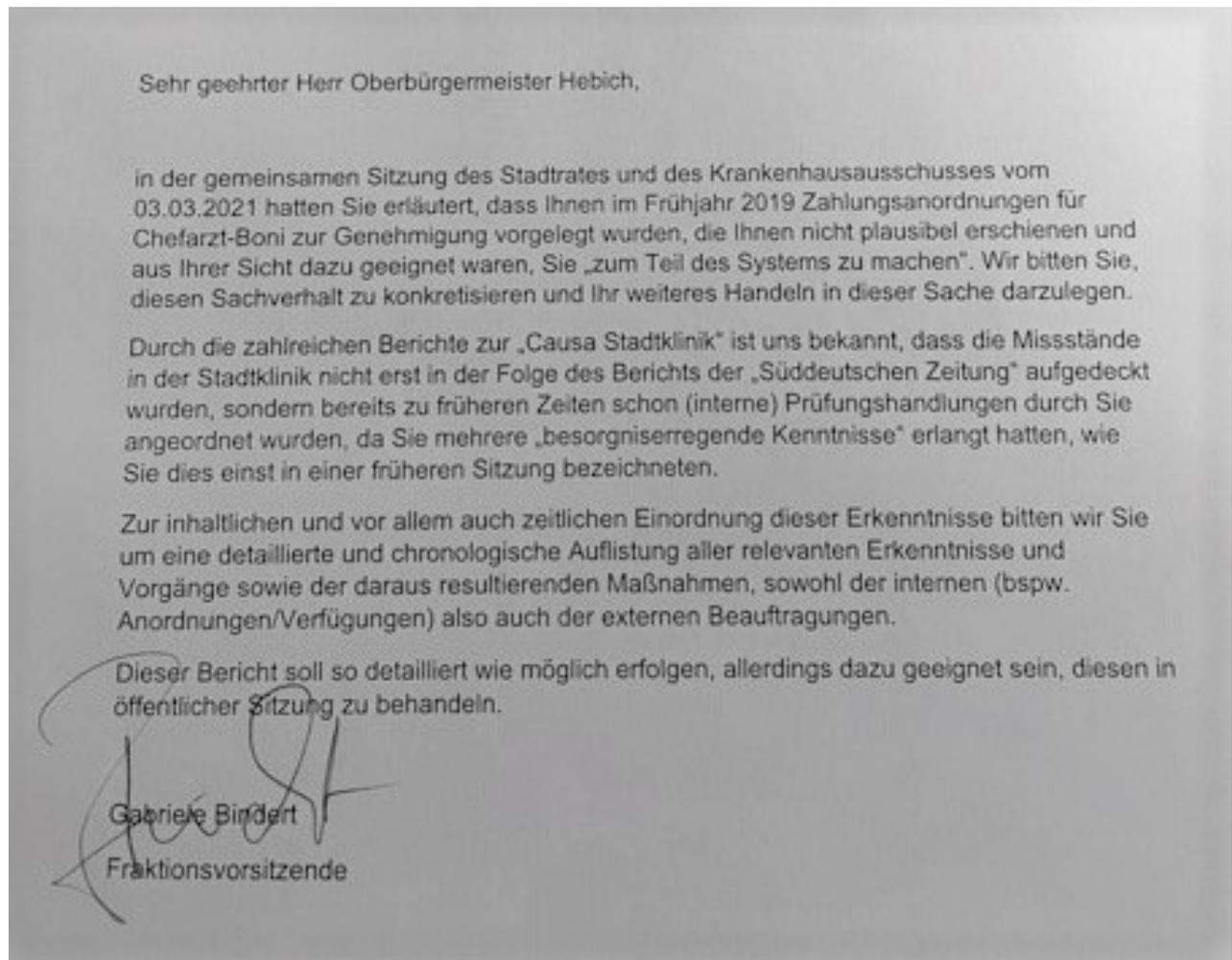
Datum:

Hinweis:

**Chronologischer Bericht zur Stadtklinik
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top 19.1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: Dez. A					



Protokoll:

RM Kühner erläutert die Anfrage ausführlich.

OB Hebich bittet um Verständnis, dass in der Kürze der Zeit die umfassende Beantwortung der Anfrage nicht möglich war. Er sichert eine Beantwortung in der nächsten Sitzung zu.



XVII. Wahlperiode 2019 – 2024

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung

Beratungsergebnis:

Gremium Stadtrat	Sitzung am 10.03.2021	Top	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an:					

Protokoll:

OB Hebich gibt folgende Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt:

TOP 20	Auftragsvergabe Digitalpakt	einstimmig beschlossen
TOP 21	Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung	einstimmig beschlossen
TOP 22	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 23	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 24	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 25	Höhergruppierung	einstimmig beschlossen
TOP 26	Höhergruppierung	einstimmig beschlossen